

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Freddy Cremer
Plenarsitzung vom 17.12.2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsberatungen 2015 – Replik

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

ich möchte in meiner Rede nur kurz auf einige Aussagen der Vivant-Kollegen eingehen. Dass die Vivant-Fraktion die „klassische Politik“, für die die anderen fünf Parteien in diesem Hause repräsentativ stehen, als das Grundübel der Menschheit ansieht, ist nichts Neues.

Egal ob Mehrheit oder Opposition, da werden alle „klassischen Parteien“ über einen Leisten geschlagen. Da gibt's kein Pardon, auch nicht für die Oppositionsparteien. Alles wird über einen Kamm geschoren.

Überrascht hat mich nur, wenn Kollege Balter mit viel Dramatik in der Stimme immer wieder von „den Menschen da draußen spricht“. Als er diesen Ausdruck „die Menschen da draußen“ zum ersten Mal gebrauchte, dachte ich einen Augenblick lang, dass sich wie im Sommer der Französischen Revolution Menschenmassen vor dem Parlamentsgebäude unserer Gemeinschaft versammelt hätten.

Hätte er gesagt, die Menschen oder die Einwohner oder die Bürger in der DG, dann hätte ich ihn sofort verstanden.

Doch die Absicht des Kollegen Balter ist eine andere. Mit „den Menschen da draußen“ will er etwas ganz anderes suggerieren und einflüstern.

Was meint Kollege Balter also mit dieser dramatischen Steigerung: „die Menschen da draußen.“ Diese Umschreibung ist die Ergänzung zu der so oft von ihm zitierten „klassischen Politik“.

Nach Lesart der Vivant-Fraktion stehen auf der einen Seite die Vertreter der klassischen Politik, die sich „hier drinnen“ im Parlament regelmäßig versammeln; die aber angeblich jeglichen Kontakt zur realen Lebenswelt der Bewohner unserer Gemeinschaft verloren haben.

Diese parlamentarischen Sitzungen der Vertreter der „klassischen Politik“ im Parlament haben angeblich nur ein Ziel: Um die zu Macht feilschen und sich raffgierig selbst zu bedienen.

Dies soeben Gesagte gilt natürlich nicht für die zwei Mitglieder der Vivant-Fraktion, die – so die Selbstdarstellung – sich mit heroischem Einsatz diesem Parteienklüngel und diesem Machtgeschacher entgegenstellen.

Und auf der anderen Seite, ja, auf der anderen Seite, da die sind die „Menschen da draußen“, deren Sorgen und Nöte von den Vertretern der klassischen Politik nicht einmal wahrgenommen werden und wenn es dann doch einmal der Fall sein sollte, herablassend ignoriert werden.

Nur die wackere und tapfere Vivant-Fraktion in unserem Parlament ist da anders. Nur sie hat den Finger am Puls der Zeit, nur sie schenkt den „Menschen da draußen“ ein offenes Ohr und nur die Vivant-Mandatare sind die Anwälte der wirklichen Belange der „Menschen da draußen“. Und die Kollegen der Vivant-Fraktion sind auch die einzigen – ich zitiere – die „frei und in ihrem Namen sprechen.“

Nur sie verstehen sich als das politische Sprachrohr und als die unermüdlich kämpfenden Lobbyisten für die Interessen der „Menschen da draußen.“

Das hier von mir gezeichnete Bild ist keine verzerrende Karikatur. Es genügt die Reden der Vivant-Vertreter von Montag und Dienstag nachzulesen.

Wenn Vivant die „Menschen da draußen“ und deren Belange wirklich ernst nimmt, dann überrascht es mich wirklich, dass die Vivant-Fraktion am Montag im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Organisationsbereich 40, der die Themen Jugend, Kultur, Medien und Bibliothekswesen, Sport, Tourismus, Gemeinschaftszentren, Freizeitgestaltung, Denkmal- und Landschaftsschutz, Ausgrabungen und Naturpflege **umfasst**, dass die Vivant-Fraktion zu all diesen Themen kein einziges Wort gesagt hat.

Das war auch nicht möglich, weil Kollege Balter in seinem Beitrag in der ersten Diskussionsrunde zur allgemeinen Politik der DG über 41 Minuten geredet hatte.

Dabei wurden die Zuständigkeiten der DG nur am Rande berührt; es war ein politischer Parforceritt durch die Weltpolitik, ein zusammenhangloser Wirrwarr von Untergangsszenarien, Verschwörungstheorien und einer pauschalen Ablehnung der klassischen Politik und all ihrer Verwerfungen.

Kollege Balter nutzte seine lange Redezeit, um uns in aller Breite eine Lehrstunde zum Thema Volkswirtschaftslehre zu erteilen. Zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der DG, die uns und unseren Haushalt sehr viel konkreter betreffen, hatte er rein gar nichts zu sagen.

Stattdessen war vom Steuerzahlergedenktag die Rede und der Kollege versuchte die Zuschauer glauben zu machen, Belgien stehe kurz vor dem Staatsbankrott und prophezeite dass der „Zusammenbruch irgendwann kommen werde.“

Dann sprach der Vivant-Kollege von der hohen Verschuldung der privaten Haushalte in Belgien. Wieder ein Horrorszenario und wieder eine Fehlinterpretation. Denn letztlich lässt er die Frage außer Acht, wofür Schulden aufgenommen werden. Ist es für laufende Ausgaben oder für Investitionen?

Oder wie erklären Sie, Kollege Balter, dass fast kein Land solch hohe Vermögenswerte privater Haushalte aufweist, wie Belgien. Da stehen wir der von Ihnen viel zitierten Schweiz in nichts nach. Die Belgier haben Schulden, aber sie haben auch Vermögenswerte.

In diesem Kontext war das von Kollege Freches zitierte Berechnungsbeispiel der Infrastrukturausgaben der DG treffend und vielaussagend.

Am Dienstag standen die Organisationsbereiche 50 und 30 auf der Tagesordnung.

Der Organisationsbereich 50 umfasst die Themen Familie, Senioren, Behindertenpolitik, besondere Hilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, Seniorenpolitik, Justiz, Entwicklungszusammenarbeit, soziale Hilfe und Lebensbewältigung, Solidarwirtschaft und das Gesundheitswesen.

Kollege Balter nutzte die Zeit vor allem, um drei Interpellationen, die von der Vivant Fraktion in den vergangenen Monaten hinterlegt wurden, erneut detailliert zu präsentieren.

Kommen wir zum OB 30.

Der Organisationsbereich 30 beinhaltet das Unterrichtswesen, die Pädagogik, die Schülerbeförderung, die Funktionssubventionen und Funktionsdotationen, die Erwachsenenbildung und Weiterbildungsförderung, die Studienbeihilfen, den Kunstunterricht, die außerschulische Weiterbildung im Bereich Mittelstand und Landwirtschaft, die Schulbauten und die mittelständische Ausbildung.

Zur Behandlung all dieser Themen benötigte Kollege Mertes der Vivant-Fraktion gerade mal 6 Minuten.

Die lapidaren Äußerungen mündeten in der Feststellung des Kollegen Mertes – ich zitiere – „Wer die Probleme **endgültig und nachhaltig** lösen will, der muss zuerst die Ursachen erforschen. Das geschieht nicht in der DG.“

Er hatte auch prompt eine Anleitung zur **endgültigen und nachhaltigen** Lösung der Probleme im Bildungsbereich zur Hand. Man lese – so Kollege Mertes – die Bücher des Bonner Kinder- und Jugendpsychiaters Michael Winterhoff.

Ich habe in den vergangenen Jahren Herrn Winterhoff zweimal in Eupen live erlebt – einmal war es im Institut der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Sonderunterricht (IDGS) und einmal im Hotel Bosten. Ich kenne die streitbaren Thesen und die Bücher dieses Autors (Warum unsere Kinder Tyrannen werden/Die Abschaffung der Kindheit; Tyrannen müssen nicht sein; und Persönlichkeiten statt Tyrannen).

Seine Erfahrungen, die nicht aus der empirischen Unterrichtsforschung, sondern aus seiner therapeutischen Praxis resultieren, berühren weniger die Schule, sondern vornehmlich die Eltern-Kind-Beziehung, die er in den Fokus seiner Untersuchungen rückt.

Ich kann Ihnen versichern, Kollege Mertes, ich habe die Werke Winterhoffs mit großem Interesse gelesen. So interessant die Bücher auch sind, für die Gestaltung der Bildungslandschaft haben sie nur begrenzte Bedeutung.

Am Ende richtete Kollege Mertes an ALLE Parlamentarier – also an alle Parlamentarier aus Mehrheit und Opposition – die Frage: „Warum sollte die DG noch weitere Zuständigkeiten erhalten, wenn sie die ihr bisher anvertrauten nicht mit Tiefgang verwaltet?“

Damit schlug er natürlich die Brücke zur Diskussion, die wir im Anschluss an die Haushaltsberatungen zum Übertragungsdekret der Beschäftigungspolitik von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft führten.

Was ich am Dienstag zur Übertragung der Beschäftigungsbefugnisse sagte, gilt auch für alle Themen, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen – wenn auch manchmal kontrovers – diskutiert haben.

Der Mehrwert der Autonomie muss sich an der Qualität der Dienstleistungen messen lassen, die unsere Gemeinschaft den Menschen und Bürgern bietet.

Das ist der einzige Maßstab, an dem alles gemessen werden muss.

Abschließend möchte ich erneut kurz auf einige Ergebnisse der letzten FORSA-Meinungsumfrage in unserer Gemeinschaft eingehen.

Wenn insgesamt 63 Prozent der Befragten 2014 sagten, dass sie mit der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einverstanden sind, ist das meines Erachtens ein äußerst starkes Argument **für** die klassische Politik, das heißt für die Arbeit, die von den Vertretern aller fünf Parteien – egal ob aus der Mehrheit oder aus der Opposition – in diesem Hause im Dienste der Menschen in unserer Gemeinschaft geleistet wird.

Und wenn in derselben Umfrage insgesamt 77 Prozent der Befragten angeben, dass sie persönlich **sehr optimistisch** (15) oder **eher optimistisch** (62 Prozent) in die Zukunft blicken, dann ist dies natürlich nicht ausschließlich dem Beitrag der Politik zu verdanken.

Aber die Politik steht dabei auch nicht außen vor, denn sie schafft nun mal in vielen Bereichen – ich habe diese soeben nochmals fast alle aufgelistet – Rahmenbedingungen, die das individuelle Wohlbefinden maßgeblich beeinflussen.

Und ich wage die Behauptung, dass das, was für die ProDG-Fraktion gilt, auch für alle anderen Fraktionen der „klassischen“ Politik gilt: Dass es das Bestreben aller in diesem Hause vertretenen Mandatäre sein muss, die Qualität der Dienstleistungen weiter auszubauen und weiter zu verbessern. Das ist der Grundkonsens oder der gemeinsame Nenner aller im PDG vertreten „klassischen“ Parteien.

Die klassischen Parteien mögen in der Einschätzung einzelner Maßnahmen nicht einer Meinung sein; nichtsdestotrotz bin ich felsenfest davon überzeugt, dass es über alle Parteigrenzen hinweg einen Konsens in der Feststellung gibt, dass die Autonomie für ALLE Menschen in unserer Gemeinschaft einen deutlichen und täglich in vielen Breichen erfahrbaren Mehrwert geschaffen hat.

Und das ist der einzige Anspruch, an dem die Vertreter der klassischen Politik ihr Handeln ausrichten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer
ProDG-Fraktion